



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 113 Postulat Agner Sara und Mit. über eine Strategieentwicklung zur Förderung von digitalen Lehrmitteln / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Sara Agner, vertreten durch Urban Sager, hält an ihrem Postulat fest.

Urban Sager: Bei diesem Postulat handelt es sich um Forderungen des Jugendparlaments aus dem Jahr 2018. Ich würde gerne auf zwei Aspekte eingehen, nämlich auf den staatspolitischen und den bildungspolitischen. Zum staatspolitischen Aspekt: Es wurde in der SPK und hier im Rat schon mehrmals diskutiert, wie wir den Anliegen des Jugendparlaments mehr Gewicht beimessen können. Wir forderten Diskussionen zu den Petitionen, auch mit Fraktionssprechern, aber im Fall der Petition zur Förderung digitaler Lehrmittel ist dies leider nicht von allen Fraktionen gemacht worden. Ein zentraler Teil der politischen Bildung ist es, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen und eben auch Pluralität erfahren zu können. Es ist wichtig zu hören, was die politischen Parteien zu den jeweiligen Themen zu sagen haben. Dies wurde mit der dürftigen Diskussion zu dieser Petition nicht erfüllt. Wir haben das entsprechende Postulat eingereicht, um alle Parteien zu einer Stellungnahme zu bewegen. Zum bildungspolitischen Aspekt: Von den Jugendlichen kam die Rückmeldung, dass sie immer mehr eigene Geräte mit in den Unterricht nehmen würden, dass diese aber nur selten zum Einsatz kämen. Es würde auch sehr stark von den Lehrpersonen abhängen, wie die Geräte im Unterricht zum Einsatz kommen. Es braucht also eine klare Strategie, wie man mit digitalen Lehrmitteln unterrichten kann. Es geht nicht darum, analoge Lehrmittel einfach zu digitalisieren, sondern darum, neu zu denken und neue Ansätze zu entwickeln und zu fördern, welche die Schülerinnen und Schüler auf ihre künftigen Herausforderungen vorbereiten und welche die Stärken digitaler Lehrmittel zum Vorschein bringen. Es ist auch nicht so, dass immer mit digitalen Lehrmitteln gearbeitet werden muss, aber sie sollten dort eingesetzt werden, wo es Sinn macht und sie einen Mehrwert bieten. Hier muss das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) eine aktive Rolle übernehmen, und dafür braucht es entsprechende Investitionen. Der Regierungsrat will gemäss Legislaturprogramm im digitalen Wandel eine Vorreiterrolle einnehmen, und das muss er auch im Bildungsbereich. Die Stellungnahme zum Postulat wurde am 10. März 2020 geschrieben, und ich stelle mir die Frage, ob sie heute immer noch so ablehnend ausfallen würde. Die Corona-Krise hat einiges verändert, namentlich in Bezug auf digitale Lehrmittel. In der Krise hat das BKD unglaublich vorwärts gearbeitet, vorbildlich gehandelt und sich überhaupt nicht gescheut, neue digitale Wege zu beschreiten. Die digitalen Lehrmittel haben einen grossen Schub erfahren. Das Postulat P 235 von Jonas Heeb über ein Digitalisierungskonzept im Kanton Luzern, welches wir nächsten Montag diskutieren werden, wird von der Regierung auch entsprechend entgegengenommen. Vor diesem Hintergrund wirken die Gründe für die Ablehnung des Postulats P 113 ein bisschen aus der Zeit gefallen.

Natürlich geht der digitale Wandel rasch vorwärts, aber deshalb zu resignieren und auf eine Strategie zu verzichten, macht definitiv gerade jetzt keinen Sinn, wo wir alle eine unglaubliche Dynamik in dieser Frage an den Tag gelegt haben. Wir halten am Postulat fest und bitten Sie, im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse Ihre Haltung nochmals zu überdenken. Wir sind klar der Meinung, dass die Regierung jetzt eine aktive Rolle übernehmen muss, um digitale Lehrmittel weiterzuentwickeln und so den Unterricht der nächsten Jahrzehnte sinnvoll zu gestalten.

Gabriela Schnider-Schnider: Das Thema dieses Postulats hat seinen Ursprung in der Jugendsession 2018. Leider ist die von der Jugendsession verabschiedete Petition «Digitale Lehrmittel» in unserem Rat nie richtig diskutiert worden. Die Postulantin Sara Agner wollte mit der Einreichung des Postulats ihre Wertschätzung gegenüber jungen Politikern zeigen. Die CVP schliesst sich dieser Wertschätzung an. Im Juni 2018 hat die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) die Strategie für den Wandel durch Digitalisierung im Bildungsbereich beschlossen. Eigentlich wundert es uns, dass das BKD das Postulat ablehnt und nicht Ablehnung wegen Erfüllung beantragt. Die vorliegende Strategie der EDK ist ausgewogen. Sie deckt die ganze Bandbreite der digitalen Themen ab und dient schweizweit als Grundlage. Dazu kommt, dass im Legislaturprogramm des Kantons Luzern der Schwerpunkt 5 dem digitalen Wandel gewidmet ist. Die Thematik ist also präsent und in Bewegung. In diesem Zusammenhang eine Strategie zur Förderung digitaler Lehrmittel zu verlangen, macht keinen Sinn und ist eigentlich zu spät. Die Strategie der EDK erfüllt die Forderung. Jetzt geht es darum, die gewonnenen Erkenntnisse aus der Homeschooling-Zeit umzusetzen und den Schub, den der Fernunterricht verursachte, weiterzuentwickeln. Dazu kommen wir nächste Woche mit dem Postulat P 235 von Jonas Heeb. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat P 113 ab, da es ja eigentlich schon erfüllt ist.

Gaudenz Zemp: Das Postulat vertritt ein nachvollziehbares Anliegen, es ist in dieser Form aber nicht nötig. Es gibt nämlich schon die Digitalisierungsstrategie der EDK, und auch auf kantonaler Ebene ist der digitale Wandel prioritär im Gange. Dabei muss man auch bedenken, dass die Lehrmittel selten vom Kanton selber produziert, sondern extern eingekauft werden. Man ist auf andere angewiesen. Gerade auch aufgrund der Digitalisierung wird sich diese Tendenz sogar noch verstärken. Auch das Tempo wird in diesem Bereich zunehmen, ich denke, Corona hat dem zusätzlich noch einen Schub gegeben. Darum hat die Regierung wahrscheinlich recht, wenn sie sagt, dass eine zusätzliche, nur auf Lehrmittel ausgelegte Strategie immer der Realität hinterherhinken würde. Es ist sinnvoller, wenn man sich an den bestehenden Strategien der EDK und des Kantons orientiert. Aus liberaler Sicht gibt es noch einen anderen wichtigen Punkt, und das ist die Freiheit der Lehrpersonen. Die FDP begrüsst es, dass die Lehrpersonen beim von ihnen organisierten Unterricht immer einen grösstmöglichen Gestaltungsraum haben. Das heisst, sie bestimmen auch mit, wie weit sie ihren Unterricht digitalisieren wollen, und da sind die Unterschiede riesig. Es gibt Digitalisierungsturbos, aber auch viele Lehrpersonen, welche die umfassende Digitalisierung als kritisch ansehen. Sie wollen neben dem Fernsehen, dem Smartphone und den Computerspielen gerade in den Schulen ein gewisses Gegengewicht schaffen. Sie setzen somit entgegen dem Trend auch weiterhin stark auf analoge Mittel. Das kann man gut oder schlecht finden, es liegt jedoch in den Kompetenzen der Lehrpersonen. Das führt dann aber dazu, dass die Schülerinnen und Schüler verschiedene Digitalisierungslevels bei ihren Lehrpersonen antreffen. Das ist Teil des freiheitlichen Systems. Der Umgang mit der Digitalisierung ist nicht nur eine strategische Frage, sondern weitgehend auch eine pädagogische. Darum müssen die Lehrerschaft, die Fachschaft und die Schulleitungen eng miteinander zusammenarbeiten, um so das ideale Vorgehen für die Schüler herauszufinden. Dazu braucht es in unseren Augen aber keine kantonale Strategie zur Förderung von digitalen Lehrmitteln. Die FDP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Bernhard Steiner: Die SVP-Fraktion wird das Postulat ablehnen. Die Digitalisierung ist in der Kantonsstrategie ab 2019 enthalten, und die Gestaltung des digitalen Wandels und der digitalen Lernformen sind auch Legislaturziele. Erlauben Sie mir aber aus kinderärztlicher

Sicht noch einige Statements. Hinter den Begriffen «digitale Bildung» oder «digitaler Unterricht» verbirgt sich nicht etwa ein pädagogisches Konzept, welches den Einsatz elektronischer Medien im Unterricht ermöglichen soll, sondern es geht hier vielmehr um technische Konzepte für die Automatisierung, Standardisierung und Kontrolle im Unterricht. Die wissenschaftliche Realität zur Digitalisierung sieht deutlich anders aus, der vermehrte Computereinsatz im Unterricht führt nachweislich nicht zu besseren schulischen Leistungen oder Kompetenzen. Trotzdem wird immer wieder eine raschere und umfassendere Digitalisierung in unseren Schulen gefordert. Haben wir wirklich das Problem, dass unsere Kinder zu wenig mit digitalen Medien in Kontakt kommen? Eine kürzlich erschienene, europaweit durchgeführte Umfrage zeichnet ein verheerendes Bild. Demnach verbringen 11- bis 15-jährige Schülerinnen und Schüler pro Tag unter der Woche rund 4,4 Stunden und am Wochenende sogar 7,4 Stunden vor dem Bildschirm. Die gesundheitlichen Gefahren liegen klar auf der Hand. Mittlerweile sind in Europa die jungen Erwachsenen zu 50 Prozent kurzsichtig, und die Bewegungsarmut führt zu einem stetig wachsenden Anteil übergewichtiger Schülerinnen und Schüler. Es wäre also an der Zeit, sich Gedanken zu machen, in welchem Ausmass unsere Schulen digitalisiert werden sollen, damit sie weiterhin die Leistung und die Gesundheit unserer Kinder in den Mittelpunkt stellen können. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Simon Howald: Die digitale Transformation ist eines der wichtigsten Kernthemen der GLP. Dieser Wandel bringt uns allen in unzähligen Bereichen des Lebens einen wertvollen Entwicklungsschritt, selbstverständlich auch im Bildungsbereich. Die Wichtigkeit der Digitalisierung ist unterdessen sowohl bei einem grossen Teil des Kantonsrates als auch beim Regierungsrat und in der kantonalen Verwaltung bekannt. Deshalb ist dieses Thema ab dem Jahr 2019 in der Kantonsstrategie enthalten. Auch in den Legislaturzielen ist der Megatrend abgebildet. Im Weiteren hat auf nationaler Ebene die EDK im Jahr 2018 eine nationale Digitalisierungsstrategie für das Bildungswesen definiert. Daher sieht die GLP keinen Grund, zusätzlich noch eine spezifische Strategie zur Förderung digitaler Lehrmittel erarbeiten zu lassen. Nützen wir die Zeit und die Ressourcen für griffige Umsetzungskonzepte und konkrete Massnahmen. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Jonas Heeb: Im Bereich der Digitalisierung in der Bildung gibt es noch einiges zu tun, das hat uns Corona eindrücklich vor Augen geführt. Ich finde es interessant, dass die Regierung mein Postulat P 235 entgegennimmt, das vorliegende jedoch ablehnt. Man muss im Kopf behalten, dass die vorliegende berechnete Forderung vom Jugendparlament kommt. An der Jugendsession nehmen viele Schülerinnen und Schüler teil, und ihre Inputs basieren auf eigenen Erfahrungen. Das ist generell ein zentraler Aspekt. Die Schülerinnen und Schüler sind unbedingt in einen solchen Prozess mit einzubeziehen; da enttäuscht mich die Antwort der Regierung, dass dies nur schwer möglich sei. Die Stellungnahme der Regierung ist grundsätzlich sehr umfassend und zeugt von Effort, leider fehlt am Schluss das nötige Bekenntnis. Die Digitalisierung ist eben nicht nur das Scannen von Lehrmitteln und das Ausfüllen von Arbeitsblättern auf dem Computer, sondern es sind umfassende Konzepte mit didaktischen und qualitativen Anforderungen gefragt. Hört man den Schülerinnen und Schülern zu, zeigt sich leider ein anderes Bild. Es heisst «Bring your own device», und der Laptop wird ab und zu gebraucht, bei einigen Lehrpersonen mehr als bei anderen, teilweise bleibt er einfach in der Tasche. Was auch dazu gehört, ist das Setzen gewisser Standards. Man muss sich die Frage stellen, ob es reicht, wenn sich Lehrpersonen in diesem Bereich weiterbilden können, oder ob gewisse Anforderungen vorhanden sein sollten, welche allen Lehrpersonen im Digitalisierungsbereich mitgegeben werden sollten. Es kann nicht sein, dass einige Lehrpersonen sich total dagegen wehren, jegliche digitalen Formen in den Unterricht mit einzubeziehen, und somit die Entwicklung ausbremsen. Ein gewisser Grad an Standardisierung ist wohl notwendig, um die Umsetzung angemessen anzugehen. Ich bitte Sie, die Schülerschaft ernst zu nehmen und das Postulat erheblich zu erklären.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Strategien gibt es genug, wir brauchen keine neuen. Auch in der Kantonsstrategie ist das Thema Digitalisierung enthalten. Jetzt müssen wir diese umsetzen.

Wir haben unsere Meinung seit dem 10. März 2020, also seit der Zeit vor Corona nicht geändert, aber etwas Positives hat die Krise: Der Digitalisierungsprozess wurde beschleunigt, und wir haben bewiesen, dass wir digitalisieren können und wollen. Dazu habe ich eine Umfrage in Auftrag gegeben. Darin werden über 40 000 Schülerinnen und Schüler befragt; diese werden also mit einbezogen, und wir befragen auch die Eltern, alle Studierenden, alle Lehrpersonen und alle Schulleitungen. Daraus ziehen wir Schlüsse und machen uns an die Umsetzung von Projekten, nicht an die Definierung von Strategien. Es geht dabei um (ergänzende) Stoffvermittlung, um das Üben und um Prüfungen. Die verschiedenen Schulstufen haben verschiedene Erfahrungen gemacht, und diese fassen wir jetzt zusammen. Es gibt einen Unterschied zwischen Strategien und Konzepten. Letztere gilt es umzusetzen, und ich werde nächsten Montag die Haltung der Regierung zu diesem Punkt noch einmal erläutern.

Der Rat lehnt das Postulat ab.